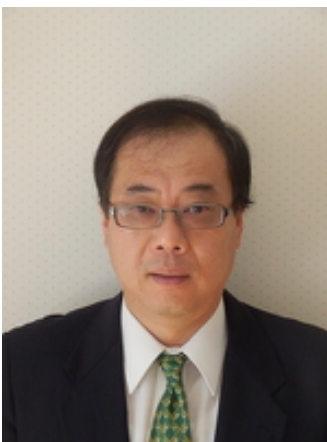


Das Internationale Institut für Nahost- und Balkanstudien (**IFIMES**)¹ aus Ljubljana, Slowenien, analysiert regelmäßig die Entwicklungen im Nahen Osten, auf dem Balkan und auch weltweit. Dr. Masahiro Matsumura, Professor für internationale Politik und nationale Sicherheit an der juristischen Fakultät der St. Andrew's University (Momoyama Gakuin Daigaku) und Mitglied des IFIMES-Rates, verfasste einen Artikel über die aktuelle Lage in der Ukraine. Der Artikel wird in seiner Gesamtheit veröffentlicht.



Prof. Dr. Masahiro Matsumura ist Professor für internationale Politik und nationale Sicherheit an der juristischen Fakultät der St. Andrew's University (Momoyama Gakuin Daigaku). Er ist Mitglied des IFIMES-Rates.

Die in dieser Erläuterung geäußerten Ansichten sind die des Autors und spiegeln nicht unbedingt den offiziellen Standpunkt des IFIMES wider

Umgang mit der Ukraine-Krise: Eine geopolitische Perspektive

Mit der zunehmenden Verschärfung der Ukraine-Krise wächst die Gefahr eines russischen Einmarsches in die Ukraine, der sich zu einem ausgewachsenen Krieg zwischen Russland und der NATO ausweiten könnte. Im Mittelpunkt der Krise steht die Frage, wie eine Vereinbarung über eine dauerhafte geopolitische Ordnung getroffen werden kann, in der die Ukraine als entscheidender strategischer Puffer zwischen Europa und Eurasien bzw. zwischen einer Halbinsel und einer Landmasse eine zentrale Rolle spielt. Daher ist die Festlegung einer geopolitischen Lösung notwendiger denn je.

1. Die Ukraine-Frage

Im Kontext der bedeutenden NATO-Erweiterung nach dem Ende des Kalten Krieges auf das gesamte ehemals sowjetisch dominierte Osteuropa und die baltischen Sowjetrepubliken wird in den politischen Kreisen der USA immer wieder über eine Beteiligung der Ukraine an der NATO diskutiert. Damit würde Russland ein wertvoller strategischer Puffer entzogen, der so lange unverzichtbar bleibt, wie zwischen dem Land und dem Westen unterschiedliche und oft gegensätzliche politische Kulturen und nationale Interessen bestehen. Bereits Ende der 1990er Jahre lag die Ukraine-Frage auf der Hand, denn es geht um die Definition dessen, was Europa ausmacht und wo seine äußere Grenze liegt². Bei den Verhandlungen über die Wiedervereinigung von West- und Ostdeutschland im Jahr 1990 akzeptierte die Sowjetunion die Wiedervereinigung zusammen mit der fortgesetzten NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands im Gegenzug für den Verzicht auf eine NATO-Osterweiterung. Nichtsdestotrotz wurde auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008 die Kandidatur der Ukraine für die NATO-Mitgliedschaft anerkannt, obwohl Russland dagegen war..

Die Haltung der USA gegenüber der Ukraine schwankte während der Regierungen von G.W. Bush (2001-2009), Obama (2009-2017), Trump (2017-2021) und Biden (2021-heute). Es ist bekannt, dass die Bush-Administration eifrig die Erweiterung der liberalen Demokratie vorantrieb, indem sie den unipolaren Moment der USA nach dem Kalten Krieg ausnutzte. Im Jahr 2004 stürzte die prowestliche Orangene Revolution die prorussische ukrainische Regierung im Rahmen einer Reihe von Farbrevolutionen, hinter denen die US-Geheimdienstkreise sowohl offen als auch verdeckt erhebliche Manöver durchgeführt haben sollen³. Im Jahr 2014 führten die ukrainischen Präsidentschaftswahlen zu einem antirussischen Regierungswechsel, auf den Russland mit der Annexion der Krim reagierte, die mehrheitlich von ethnischen Russen bewohnt wird, die zumindest seit 1783 starke historische Bindungen haben. In der Folge verhängte der abnehmende US-Hegemon unter Obama in Abstimmung mit anderen westlichen Großmächten inmitten der ideologischen Trägheit erhebliche Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Die Trump-Administration setzte die Sanktionen zwar fort, stellte aber die anhaltende amerikanische Feindseligkeit gegenüber Russland in den Hintergrund, um sich vorrangig mit der wachsenden Herausforderung Chinas durch die schwindende US-Hegemonie zu befassen. Die Biden-Administration hat jedoch die antirussische Linie Obamas erneuert, selbst angesichts des anhaltenden Hegemonieverfalls.

2. Eine geopolitische Perspektive

Ein strategischer Puffer, der zwischen Land- und Seemächten liegt, ist nicht nur deren politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Einfluss, sondern auch militärischem Druck, Invasionen und sogar Besetzungen ständig ausgesetzt. In Anbetracht des Aufstiegs und Niedergangs dieser Mächte kann ein Puffer in einer bestimmten Phase der Geschichte von einer dieser Mächte kontrolliert werden oder auf deren Seite stehen, aber insgesamt hat die eine Hälfte eine offene und dezentralisierte innenpolitische Ordnung, während die andere Hälfte eine geschlossene und zentralisierte ist. In der heutigen Zeit haben sie jeweils eine enge Affinität zu einer liberalen Demokratie oder einem autoritären Regime.

Daher ist die Bevölkerung eines solchen Puffers anfällig für interne sozio-politische Konflikte, die durch die Existenz ethnischer Minderheiten noch verstärkt werden, wenn sie entweder mit einer See- oder einer Landmacht verbunden sind. Sie besitzt oft eine starke, aber unklare nationale Identität und strebt nachweislich nach Einigung und strategischer Unabhängigkeit. Ceteris paribus stellt jedoch die ungefähre Halbierung eines Puffers ein stabiles Gleichgewicht im regionalen Wettbewerb zwischen zwei gleichberechtigten See- und Landmächten dar. Sollte ein außerregionaler Faktor, wie etwa eine Intervention oder der Rückzug eines globalen Hegemons, ins Spiel kommen und das Gleichgewicht stören, wäre eine Vereinigung eines geteilten Puffers möglich. Im Rahmen dieser Untersuchung soll geprüft werden, ob die Dynamik zur Erklärung des zunehmend instabilen Zustands der Ukraine herangezogen werden kann.

3. Die innenpolitische Dynamik der ethnischen Politik

Die schwer fassbare nationale Identität in einem strategischen Puffergebiet wird oft auf dem großen Schachbrett zwischen See- und Landmächten hervorgehoben, weil sie ihnen einen guten Spielraum für Einmischung, Intervention und möglicherweise Invasion bietet, um die lokale Bevölkerung zu ihrem Vorteil zu beeinflussen oder zu kontrollieren. Andererseits neigt die lokale Bevölkerung dazu, zwei deutlich unterschiedliche politische Kulturen zu entwickeln, die entweder einer nahen See- oder Landmacht ähnlich sind oder zumindest stark von ihr beeinflusst werden. Dazwischen gibt es einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung mit hybriden Merkmalen, wobei deren geografische Abstufung und Verteilung von Fall zu Fall unterschiedlich ist.

Der ukrainische Fall ist mit komplizierten ethnischen Bedingungen belastet, die schwer fassbare nationale Identitäten beinhalten. Historisch gesehen hat die dreieinige russische Nation - Weiß-, Klein- und Großrussen (bzw. Weißrussen, Ukrainer, Russen) - ihren sprachlichen Ursprung im Altslawischen, die russisch-orthodoxe Kirche und die darauf basierende politische Kultur insgesamt gemeinsam, mit der bemerkenswerten Ausnahme der ostkatholischen Bevölkerung in Galizien, das früher Teil des österreichisch-ungarischen Reiches war. Aus makro-historischer Sicht haben die drei Russen gute Chancen auf eine Wiedereingliederung, die mit der europäischen Integration vergleichbar ist, auch wenn die konkrete Form noch offen ist: ein einheitlicher Staat, eine Föderation oder eine Konföderation.

Die Aussicht auf eine Wiedereingliederung kann jedoch nur in ferner Zukunft bestehen, da sich die Situation im Laufe der modernen und aktuellen Geschichte erheblich verschärft hat. Die Oblaste Donezk und Luhansk (im Folgenden "Donbas"), ein östlicher Teil der Ukraine, der an Russland grenzt und in dem eine bedeutende ethnische russische Bevölkerung lebt, ist ein historisch russisches Gebiet, das von Deutschland durch den Vertrag von Brest-Litowsk 1918 gewaltsam in die Ukraine eingegliedert wurde, gefolgt von einer umfangreichen Migration in den Donbas während der Sowjetzeit. Außerdem gliederte der sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow (1953-1964), der selbst Ukrainer war, die Halbinsel Krim eigenmächtig in die Ukraine ein, obwohl sie heute und in der Vergangenheit eng mit Russland verbunden ist und ethnische Russen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung stellen. Die Russen in den beiden "legalen" ukrainischen Gebieten sind im Besitz des russischen Inlandspasses, der sie als russische Staatsangehörige zur Teilnahme an den nationalen Wahlen berechtigt. Die russische Regierung ist rechtlich verpflichtet, sie vor möglichen Gräueltaten eines Drittlandes, insbesondere der Ukraine, zu schützen⁴. Die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit der postsowjetischen Ukraine muss nicht nur formalistisch betont werden.

4. Die Minsker Protokolle

Als Faustregel gilt, dass der etablierte Ansatz für hartnäckige ethnische Konflikte darin besteht, einer Minderheitenbevölkerung im Rahmen des betreffenden souveränen Nationalstaates volle Autonomie und Selbstverwaltung zu gewähren und gleichzeitig ein Abkommen mit dem Nachbarstaat zu schließen, in dem dieselbe ethnische Bevölkerung eine überwältigende Mehrheit hat. Dieser Ansatz ist nur machbar, wenn die beiden Staaten die Wahrung von Frieden und Sicherheit im Rahmen des Status quo respektieren und den festen Willen haben, die ethnische Frage zu entpolitisieren, vor allem, wenn dies keine nennenswerten Auswirkungen auf den geopolitischen Wettbewerb hat. Die italienische Autonome Provinz Südtirol an der Grenze zu Österreich ist ein typisches Beispiel dafür. Daher ist es von entscheidender Bedeutung zu ermitteln, welche Partei die Herangehensweise an die aktuelle Krise in der Ukraine ablehnt: Russland, die Ukraine oder der russisch dominierte Donbas..

Zwar stimmen sowohl Russland als auch die Ukraine dem Ansatz der Selbstverwaltung grundsätzlich zu, sind sich aber uneinig darüber, was eine echte Selbstverwaltung des Donbas oder eine faktische russische Besetzung darstellt⁵. Im Juni 2014 brach im Gefolge der antirussischen ukrainischen (sogenannten orangenen) Revolution und der Euromaidan-Bewegung ein Krieg zwischen den separatistischen Kräften der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Luhansk und der ukrainischen Regierung aus. Um den Krieg zu beenden, bildeten Vertreter der Ukraine, der Russischen Föderation und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) die Trilaterale Kontaktgruppe unter Vermittlung der Staats- und Regierungschefs Frankreichs und Deutschlands im sogenannten Normandie-Format. Die Gruppe hat im Juli 2014 und Februar 2015 in Minsk, Weißrussland, zwei Protokolle (Minsker Protokoll I und II) über einen Waffenstillstand, vertrauensbildende Maßnahmen und die frühzeitige Durchführung von Kommunalwahlen für die Selbstverwaltung des Donbas gemäß dem geltenden ukrainischen Recht unterzeichnet. Beide Vereinbarungen scheiterten jedoch an dem allgemeinen Mangel an gegenseitigem Vertrauen, der auf eine Kette von Kämpfen zurückzuführen war, wobei die eine oder andere Seite in einer bestimmten Phase wohl die Schuld trug⁶.

Es ist bemerkenswert, dass der Selbstverwaltungsansatz des Minsker Protokolls II auch in der akuten Krise die Grundlage für jede künftige Lösung des Donbas-Konflikts bleibt, insbesondere jetzt⁷. Es stellt sich die Frage, warum der Donbas-Konflikt nicht länger ein langwieriger Krieg niedriger Intensität mit anhaltenden diplomatischen Bemühungen um eine Lösung ist.

5. Streit zwischen den USA und Russland über den Status Quo

Die derzeitige akute Krise deutet daher darauf hin, dass die USA und Russland darum wetteifern, den regionalen Status quo zu verändern oder zu erhalten, anstatt ihn durch die Eindämmung des ethischen Konflikts im Donbass durch den Ansatz der Selbstverwaltung zu bewahren. Genauer gesagt ist der Konflikt ein Epiphänomen der Rivalität zwischen den USA und Russland in Bezug auf die NATO-Erweiterung in der Ukraine und kein primäres Phänomen, das zu einem Krieg zwischen der NATO und Russland unter Führung der USA eskalieren könnte. Der russische Präsident Putin fordert im Wesentlichen, dass die USA der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine nicht zustimmen sollen. Sobald die Ukraine in die NATO aufgenommen wird, muss die Organisation eine kollektive Selbstverteidigung für das Land gewährleisten, was einen Angriff Russlands höchst riskant und möglicherweise zu einem Debakel machen würde. Wenn Russland den Donbass annektieren möchte, sollte es lieber jetzt als später handeln. Sollte Russland den Donbass annektieren, dürfte die NATO umgekehrt nicht in der Lage sein, die Mitgliedschaft der Ukraine zuzulassen, ohne sich auf einen Krieg mit Russland vorzubereiten.

Natürlich liefern sich sowohl die USA als auch Russland einen heftigen Kampf der gegenseitigen Verurteilung und des Säbelrasselns. Auf der Verhaltensebene tritt Russland sehr aggressiv auf, da es zunehmend auf militärische Instrumente zurückgreift, insbesondere auf Militärübungen mit mehr als 150 000 Soldaten und einer großen Anzahl von Land-, Luft- und Seeplattformen in den Gebieten Russlands und Weißrusslands, die der Ukraine sehr nahe liegen, sowie im Schwarzen Meer. Auf der anderen Seite verurteilen die USA und die europäischen NATO-Verbündeten Russland aufs Schärfste, während sie eine weitaus geringere Anzahl von Infanterietruppen in Länder in der Nähe der Ukraine entsenden, darunter 9000 US-Soldaten, und der Ukraine Waffen, darunter tragbare Panzerabwehrraketen, zur Verfügung stellen. Auf der Ebene der strategischen Absichten sind die USA aggressiv, wenn es darum geht, den Status quo zu verändern, während Russland defensiv ist, wenn es ihn bewahren will. Das Völkerrecht verbietet jedoch ein aggressives Verhalten, nicht die Absicht. Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf die Ukraine würde Russland nach dem Völkerrecht und vor einem Gericht der Weltöffentlichkeit, das stark von den westlichen internationalen Medien beeinflusst wird, mit Sicherheit als Schurkenstaat bezeichnet werden.

6. Risiken und Folgewirkungen

Es stellt sich die Frage, warum der von den USA geführte Westen Russland mit einem Propagandakrieg in Schach hält, während er gleichzeitig erhebliche Risiken eines vollständigen konventionellen Krieges eingeht. Russland besitzt nach wie vor eine strategische Nuklearparität gegenüber den USA, die die strategische Stabilität zwischen den beiden Ländern durch eine gegenseitig zugesicherte Zerstörung gewährleistet. Dies legitimiert die autoritäre Putin-Regierung zumindest innenpolitisch eher als Garant für die nationale Sicherheit und nicht für liberale Demokratie und Wohlstand, insbesondere jetzt angesichts der möglichen NATO-Erweiterung auf die Ukraine. Darüber hinaus genießt Russland im ukrainischen Operationsgebiet einen großen konventionellen militärischen Vorteil gegenüber den USA, da die USA stark unter der Tyrannei der Distanz leiden. Es ist plausibel, dass Russland einen Krieg führen würde, um den Donbass zu annektieren, um die NATO-Erweiterung zu verhindern, sobald die Separatistenbehörde des Donbass den Anschluss an Russland auf der Grundlage eines Volksreferendums beantragen sollte, zumal die russische Duma bereits einen Beschluss für eine solche Unabhängigkeit gefasst hat⁸, was auf den zunehmenden russischen Nationalismus in Verbindung mit Putins gestiegener Legitimität zurückzuführen ist.

Die US-Regierung und das Militär haben einen ständigen Strom von Informationen über die sich ständig verschärfende Krise in der Ukraine veröffentlicht, während die westlichen Medien hyperaktiv das Bild verbreiteten, Russland stehe kurz vor einem Einmarsch in die Ukraine, was einen starken Effekt der selbsterfüllenden Prophezeiung mit sich bringt. Präsident Biden hat bereits unmissverständlich erklärt, dass er selbst im Falle eines Einmarsches Russlands in die Ukraine keine US-Truppen in das Land entsenden wird⁹. Stattdessen werden die USA strenge Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängen. Die Sanktionen werden jedoch kaum wirksam sein, da Russland bereits eine erhebliche Widerstandskraft entwickelt hat, da es die nach dem Einmarsch auf der Krim 2014 verhängten Sanktionen überlebt hat. Außerdem wird Russland wahrscheinlich nicht von solchen Sanktionen betroffen sein, weil China bereit ist, das Überangebot an russischem Öl und Gas zu kaufen. Dies wird Russland in die Lage versetzen, seine große Anfälligkeit für eine stabile makroökonomische Entwicklung in Abhängigkeit vom US-geführten Westen zu verringern. Russland hat sich bereits einen erheblichen strategischen Handlungsspielraum gesichert. Aus russischer Sicht impliziert der US-Ansatz daher, dass ein Einmarsch in den Donbas übersehen würde, bevor die Ukraine NATO-Mitglied wird.

Vielmehr würde Europa, insbesondere Deutschland, am meisten darunter leiden, wenn es nicht mehr in der Lage wäre, russisches Erdgas zu importieren, von dem es als wichtige Energiequelle abhängig ist. Deutschland hat die harte Linie der USA gegenüber Russland nur widerwillig akzeptiert, um die Inbetriebnahme der kürzlich fertiggestellten Nord Stream 2-Pipeline zu verschieben, die eine stabile Erdgasversorgung aus Russland sicherstellen soll. Das bedeutet, dass die deutsche Politik der US-Linie untergeordnet ist, die Europa als Ganzes in eine Energiekrise zwingen wird.

Es ist also unschwer zu erkennen, dass die harte Linie der USA in der Ukraine-Krise zu einer Konfrontation zwischen dem Westen und Russland führen wird, in der letzteres dem ersteren sowohl militärisch als auch geoökonomisch überlegen sein dürfte. Dies macht es für Deutschland sehr schwer, seine Russlandpolitik weiterhin gehorsam auf die harte Linie auszurichten, die eine Unterbrechung der russischen Gaslieferungen und damit makroökonomische Härten mit sich bringt. Somit stellt das Festhalten an der harten Linie einen versteckten geoökonomischen Angriff auf Deutschland dar, das versucht hat, Europa auf dem Weg zur Aussöhnung mit Russland zu führen und Deutschland zu einer strategischen Unabhängigkeit vom US-Hegemon in Richtung Multipolarität zu veranlassen.

Auf der anderen Seite des Globus wird Japan als weltgrößter Importeur von verflüssigtem Erdgas (LNG) aufgefordert, Europa mit Reserven zu versorgen¹⁰. Dies wird jedoch nur als kurzfristiges Krisenmanagement funktionieren, da das Land nur über begrenzte Gasreserven verfügt und LNG wesentlich teurer ist als Gas in Pipelines. Erschwerend kommt hinzu, dass Japan die Einfuhr von russischem Gas, das derzeit etwa 10 % der Gesamteinfuhren ausmacht, einstellen müsste, wenn es sich an den Wirtschaftssanktionen des Westens unter Führung der USA gegen Russland im Falle eines Einmarsches in die Ukraine beteiligen würde. Auch Japan würde in wirtschaftliche Bedrängnis geraten, wenn es sich der harten Linie der USA anschließt.

Wirtschaftssanktionen sind nur dann sinnvoll, wenn der Sanktionierte deutlich höhere Kosten zu tragen hat als der Sanktionierende. Es liegt auf der Hand, dass der Nutzen von Wirtschaftssanktionen gegen Russland höchst problematisch ist, was die Solidarität zwischen dem US-Hegemon und seinen wichtigsten Verbündeten schwächen und die Hegemonie der USA schwächen könnte.

7. Ein Vorschlag

Es liegt auf der Hand, dass alle an der Ukraine-Krise beteiligten Parteien mit einer diplomatischen Lösung besser dran wären als mit einem Krieg zwischen Russland und der Ukraine, mit Wirtschaftssanktionen des Westens gegen Russland und einer langwierigen Konfrontation zwischen dem Westen und Russland.

Sicherlich wird Russland in der Lage sein, eine solche Konfrontation zu überleben, wenn es sich auf China verlässt, aber es möchte auch vermeiden, sich ausschließlich auf China zu verlassen, eine hegemoniale, aufstrebende Landmacht, die Gebietsansprüche auf Russlands Seegebiete und möglicherweise auch Ambitionen auf die Besetzung des dünn besiedelten Ostsibiriens angemeldet hat. In der Tat muss Russland als wichtiges Gegengewicht zu China weiterhin bedeutende Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen unterhalten.

Daher wird allen Parteien empfohlen, zum Minsker Protokoll II zurückzukehren und ein wirksames System aufzubauen, das eine vollständige Selbstverwaltung des Donbass innerhalb der Ukraine ermöglicht. Gleichzeitig müssen sie sich darauf einigen, dass die Ukraine nicht Mitglied der NATO wird, und stattdessen die notwendigen Vorkehrungen treffen, um die Ukraine als strategischen Puffer zwischen dem Westen und Russland zu erhalten, entweder in Form eines neutralen Landes oder eines finnlandorientierten Staates.

Ljubljana/Osaka, 18. Februar 2022

Fußnoten:

- ¹ IFIMES – International Institute for Middle East and Balkan Studies, based in Ljubljana, Slovenia, has Special Consultative status at ECOSOC/UN, New York, since 2018.
- ² Takayasu Murayama, “Rethinking Cold War History: An Essay (in Japanese)”, St. Andrew’s University Bulletin of Research Institute, Vol. 23, No. 2, December 1997, pp. 11-12, [weblink](#), February, 13, 2022.
- ³ The operation arms include the National Endowment for Democracy, International Republican Institute, National Democratic Institute and Freedom House. See, Ian Traynor, “US campaign behind the turmoil in Kiev”, Guardian, November 26, 2004, [weblink](#).
- ⁴ “Ukraine conflict: Moscow could 'defend' Russia-backed rebels”, BBC News, April 9, 2021, [weblink](#), accessed on February 13, 2022.
Ann Simmons, “At Russia’s Border with Ukraine, Pro-Kremlin Separatists Find Support”, Wall Street Journal, February 13, 2022, [weblink](#), accessed February 15, 2022.
- ⁵ Duncan Allan, “The Minsk Conundrum: Western Policy and Russia’s War in Eastern Ukraine”, Chatham House, May 20, 2020, [weblink](#), accessed on February 13, 2020.
- ⁶ David R. Cameron, “After flurry of high-level diplomacy and another long Normandy format meeting, threat of war in Ukraine continues”, MacMillan Center, February 11, 2022, [weblink](#), February 13, 2022.
- ⁷ “Ukraine deal with pro-Russian rebels at Minsk talks”, BBC News, September 20, 2014, <https://www.bbc.com/news/world-europe-29290246>, accessed on February 13, 2022. “Ukrainian peace talks lead to buffer zone deal”, CBS News, September 20, 2022, [weblink](#), accessed on February 13, 2022.
- ⁸ “Russian Duma chair calls to recognize Donbas independence from Ukraine”, Jerusalem Post, January 21, 2022, <https://www.jpost.com/breaking-news/article-694173>, accessed on February 13, 2022. “Russian parliament may delay vote on recognizing eastern Ukraine”, Reuters, February 11, 2022, [weblink](#), accessed on February 14, 2022.
- ⁹ John Wagner and Ashley Parker, “Biden says U.S. ground troops ‘not on the table’ for Ukraine”, Washington Post, December 8, 2021, [weblink](#), accessed February 13, 2022.
- ¹⁰ Yuka Obayashi and Marwa Rashad, “Japan to divert LNG to Europe amid Russia-Ukraine tension”, Reuters, February 10, 2022, [weblink](#), accessed on February 15, 2022.